



Stellungnahme von Domkapitular Propst Martin Tenge für die Katholische Kirche in der Region Hannover

zur aktuellen öffentlichen Debatte über Flüchtlinge in Stadt und Region Hannover

In den vergangenen Wochen wurde vermehrt darüber berichtet, dass sich die Stimmung in unserem Land die Flüchtlinge betreffend verändert hat. Es ist die Rede von Straftaten, die sie begehen. Es ist die Rede von der Missachtung unserer Werte durch sie und den großen Anstrengungen, die wir als Gesellschaft für ihre Integration aufbringen werden müssen. Als Kirche in Stadt und Region Hannover sind wir von dieser Thematik in besonderer Weise berührt: Erstens weil wir von unserem Selbstverständnis her uns sozialer Probleme und diskriminierten Gruppen annehmen und auf unserem christlichen Menschenbild aufbauend uns in gesellschaftliche Dialoge einbringen. Und zweitens weil in vielen unserer Einrichtungen haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter Tag für Tag Flüchtlingen von Angesicht zu Angesicht begegnen und helfen, wo sie nur können.

Wir haben in Deutschland im Blick auf das Menschenbild keinen Dissens zwischen „staatlichen Werten“ und „christlich-religiösen Werten“. Die uneingeschränkte Würde des Menschen ist die verbindliche Grundlage aller gesellschaftlich zu diskutierenden Fragen – und somit auch der Flüchtlingsthematik. Als Christen speist sich unser Menschenbild aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen: Wir sehen in jedem Menschen ein Geschöpf der Güte und Gnade Gottes. Das Grundgesetz, das als Maßstab für alle in Deutschland lebenden Menschen gilt, benennt im ersten Artikel bekanntermaßen als obersten Verfassungswert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Würde ist dem Menschen zugesprochen, ohne dass er sie sich in irgendeiner Weise „verdienen“ könnte oder müsste.

Die Verschiedenheit der Menschen akzeptieren und differenziert wahrnehmen

Diese für alle Menschen, die in Deutschland leben, geltende Menschenwürde heißt aber nicht, dass alle Menschen gleich sind. Jeder Mensch ist einzigartig und „unwiederholbar“, so dass eine individuelle Betrachtung und Bewertung des Menschen Teil seiner Würde ist. Die Differenzierung ist somit eine ureigene Aufgabe für alle gesellschaftlichen Diskussionsprozesse. Nur wenn der Mensch in seiner Einzigartigkeit erkannt wird, wird er nach christlichem Verständnis würdig behandelt. „Die“ Deutschen, „die“ Flüchtlinge und jede vereinfachende Subsummierung von Menschen unter einem Begriff sind streng genommen illegitim. Sicherlich sind Verallgemeinerungen für unser Alltagsleben hilfreich und erleichtern uns tägliche Entscheidungen. Aber für den Diskurs über „die“ Flüchtlinge ist die Differenzierung genau so notwendig wie für „die Deutschen“, von denen es ebenfalls solche und solche gibt.

Nur wenn wir die Verschiedenheit der Menschen als dauerhaft und bleibend akzeptieren, werden wir ein versöhntes Miteinander in unserer Gesellschaft leben können. Die unterschiedlichen Wirklichkeiten und die Individualität von Menschen gehören zur ganzen Wahrheit dazu. Das heißt allerdings nicht, dass wir alles akzeptieren müssen: Wo Menschen die Spielregeln unseres Zusammenlebens verletzen, muss es Konsequenzen geben. Es gibt auch (und vielleicht sogar nicht wenige) Migranten und Flüchtlinge, die sich strafbar machen, die ein un-würdiges Verständnis von Frauen haben, die sich nicht an die Gesetze und Spielregeln im Lande halten und die Angst verbreiten. Die Ereignisse der Silvesternacht 2015 in Köln haben diese Erkenntnis in zugespitzter Form und im Rahmen einer wünschenswerten Willkommenskultur auf eine unerwünschte Art und Weise deutlich gemacht. Solche Straftaten und auch die vielfältigen Formen des Fehlverhaltens, die unterhalb der Strafgrenze liegen, müssen verhindert und bei Nichtgelingen geahndet werden. Noch ist nicht klar, wer genau zum Täterkreis der Silvesternacht gehört und wie genau die Hintergründe und der Grad der Organisation der Taten zu bewerten sind. Manche Frauen in Deutschland und auch in Hannover haben seit „Köln“ mehr Angst, abends allein auf die Straße zu gehen.

Das Projekt „Integration von Flüchtlingen“ ist nicht gescheitert

Verunsicherung erleben einzelne Personen, aber auch Gruppen, Gemeinschaften und Institutionen. Es ist wahrnehmbar, dass es auch innerhalb von Kirchengemeinden sehr unterschiedliche Bewertungen der Situation und daraus resultierend auch nicht unerhebliche Spannungen gibt. Die Verunsicherung an sich ist kein Phänomen, das ein Scheitern der Mission Flüchtlingsarbeit bedeutet. Die Geschehnisse in Köln sind durch ihre Präsenz in den Medien offenkundig, gleichzeitig gibt es aber wahrscheinlich viele Orte, wo

sich ähnliche Entwicklungen vollziehen. Auch hier in Hannover haben wir von Übergriffen schon gehört und gelesen. Die Integration von Flüchtlingen ist nicht nur aufgrund der enormen Zahlen eine riesige Herausforderung für unsere Gesellschaft, sie ist es auch qualitativ. Aber auch das bedeutet nicht automatisch ein Scheitern des großen Projektes. Es bedarf einer viel tieferen Auseinandersetzung mit den Fragen, wie die Integration auf allen Ebenen besser gelingen kann.

In der aktuellen Phase liegt natürlich der Blick seitens der Politik und aller Verantwortlichen und Engagierten auf der Frage der Erst-Unterbringung. Und es ist allen klar, dass es auf Dauer andere Formen von Unterbringung braucht, in denen durch den Erwerb von gesellschaftlichen Kompetenzen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Inwieweit Großunterkünfte ein Teil des Problems sind, weil in ihnen vielfach junge Männer ohne privaten Wohnbereich und ohne Beschäftigung leben, und sie damit dazu beitragen, dass sich die Energien an der falschen Stelle entladen, wäre näher zu analysieren. Wenn sich dies als Erkenntnis offenbart, müsste entsprechend schleunig in andere Formen der Unterbringung investiert werden. Das hier zu investierende Geld würde man durch die Reduzierung kritischer menschlicher Energien an anderen Stellen wahrscheinlich sogar mehr als einsparen.

Als Vertreter der Katholischen Kirche ist es mir ein Anliegen, schon jetzt losgelöst von aktuellen Ereignissen vorzuschauen: Die Werte und Regeln, die das Grundgesetz vorgibt, werden nicht automatisch übernommen, sobald jemand seinen Wohnsitz in Deutschland nimmt. Die in anderen Ländern, Kulturen und Religionen geprägten Werte- und Verhaltensmuster sind Teil der Wirklichkeit der Migranten und müssen für die Integration noch viel intensiver bearbeitet werden. Wie können Menschen, die ihr Leben lang ein bestimmtes Rollenbild von Männern und Frauen erlebt und verinnerlicht haben, auf einmal ein vom Grundgesetz bestimmtes, gleichberechtigtes Rollenbild von Männern und Frauen entwickeln? Die Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz kann nicht ein Teil eines Sprachkurses für Flüchtlinge sein, sondern muss im Integrationsprozess in Form von „politischer Bildung“ fachlich intensiv begleitet werden und durch eine begleitete Lebenspraxis eingeübt werden.

Den Menschen als Individuum sehen und begegnen

Zur Differenzierung gehört immer wieder die Wahrnehmung von Einzelnen, dass es Flüchtlinge gibt, die in nicht unerheblicher Schläue die Sozialsysteme belasten, indem sie zum Beispiel durch Mehrfachanmeldungen unberechtigt mehrfache Zahlungen von Leistungen bekommen. Dass es Flüchtlinge gibt, die undankbar und ohne Rücksicht auf andere alles an sich raffen, was sie zu fassen bekommen. Es gibt aber auch die Wahrnehmung, dass es Flüchtlinge gibt, die die Freiheit und Sicherheit in Deutschland sehr

zu schätzen wissen. Die intensiv Deutsch lernen und die das Ziel haben, in dieser Gesellschaft zu leben und sie aktiv mitzutragen und mitzugestalten.

Die Freude über solche Menschen, die oft das Potenzial haben, zukünftige Leistungsträger zu werden, darf aber nicht in einen Arbeitsmarktpragmatismus übergehen. Es ist allgemein bekannt, dass es uns in Deutschland massiv an jungen und kompetenten Arbeitskräften mangelt. Daher liegt es durchaus nahe, diese jungen Flüchtlinge als potenzielle Arbeitskräfte und für die Stützung unseres immer mehr auf Krisenkurs befindlichen Rentensystems zu sehen. Der notwendige Prüfblick auf die Würde des Menschen fordert aber auf, die Menschen nicht zuerst als Humanressource, sondern als Menschen zu sehen. Denn sie kommen vor einem anderen Hintergrund zu uns als die sogenannten türkischen, italienischen und spanischen „Gastarbeiter“ im vergangenen Jahrhundert. Sie kommen zu uns, weil sie in existentieller Not und Gefahr sind. Sie kommen, weil sie keine Perspektive für ihr Leben mehr sehen. Darum setzen sie ihr Leben, ihre Unversehrtheit und auch das Leben und die Unversehrtheit ihrer Liebsten aufs Spiel, um nach Europa zu kommen. Kein Vater und keine Mutter – egal wie viele Kinder sie haben – setzt das Leben des eigenen Fleisch und Blutes leichtfertig aufs Spiel, nur weil sie hier eine einfachere Zukunft für sich sehen. Sie setzen alles aufs Spiel, weil sie zur Zeit hier überhaupt noch eine Zukunft für sich sehen können.

Manche Ehrenamtliche, die mit einem guten Gefühl schon seit vielen Monaten sich in der Flüchtlingsarbeit einsetzen, sind verunsichert und geraten ins Wanken. Sie haben in den vergangenen Monaten viel geleistet und arbeiten zusammen mit den staatlichen Stellen an einer Linderung des Leids, das sie sehen. Sie sind die Schnittstellen, an denen viele Erfahrungen von Wirklichkeiten zusammenlaufen. Es führt zu Verunsicherung, wenn ehrenamtlich engagierten Sprachlehrerinnen und Sprachlehrern der Vorwurf gemacht wird, dass sie durch das Vermitteln von Deutschkenntnissen dem Unrecht Vorschub leisten und „böse“ Migranten auch noch sprachlich befähigen, Frauen zu verunglimpfen und verbal zu attackieren. Die allermeisten Migranten, die Deutsch lernen, nutzen die Sprache für eine gelungene Integration. Gäbe es keinen Sprachunterricht, würde noch eine stärkere Abschottung innerhalb der eigenen Sprach- und Kulturgruppe stattfinden. Die Zahl der Attacken auf Frauen wäre sicherlich nicht kleiner, auch wenn dabei vielleicht keine deutschen Begriffe fallen würden.

Rolle der Religionen in der Flüchtlingsarbeit und Integration

Zu den unterschiedlichen Wirklichkeiten gehören auch die unterschiedlichen Religionen. Welche Rolle die Religionen für Integrationsprozesse spielen, ist offenbar noch viel zu wenig reflektiert. Wir wissen nur, dass Religion oftmals Auslöser und Grund für Konflikte bis hin zur Flucht ist, dass sie aber auch eine sehr stabilisierende und integrationsfördernde Kraft sein

kann. Die bisher guten und intensiven Erfahrungen des interreligiösen Dialoges in Hannover sollten als wertvolle Früchte in die Gestaltung der gesellschaftlichen Flüchtlingsarbeit einfließen. Es reicht nicht aus, die Religionsfreiheit in Deutschland gegenüber den Flüchtlingen zu benennen. Man muss ihnen auch ein Bild des versöhnten Miteinanders in Vielfalt vermitteln und konkret in der Begegnung zeigen, wie wir als Religionsgemeinschaften in Hannover die Würde eines jeden Menschen wahren und miteinander in Frieden leben.

Insgesamt möchte ich anregen, noch viel intensiver über die Gedanken, Gefühle und Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit zu sprechen. Dabei geht es nicht darum, dass Staat oder Kirche durch Fachleute Antworten auf Fragen geben, sondern dass geeignete Räume für den Austausch und die gegenseitige Bestärkung zur Verfügung gestellt werden.

Vier Thesen und Forderungen

Was können und sollten wir tun in Kirche und Gesellschaft? Vier Thesen und Forderungen möchte ich als Vertreter der Katholischen Kirche aufstellen:

1. Es ist unerlässlich, dass die derzeitige in der Gesellschaft aufkommende Diskussion über Flüchtlinge differenziert geführt wird. Alle an der Diskussion Beteiligte, einschließlich der Flüchtlinge selber, müssen einen wachen Blick auf den Menschen als Individuum haben – unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Religion. Nur so gerät die Würde des einzelnen Menschen nicht aus dem Blick.
2. Es ist die Aufgabe des Staates, den auf seinem Gebiet lebenden Personen die hier geltenden rechtlichen Grundlagen zu vermitteln und das Recht flächendeckend durchzusetzen. Unsere Aufgabe als Kirche ist es, den Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen und zu geben, unsere Gesellschaft positiv mitzugestalten. Nur wenn Flüchtlinge und Migranten unsere Gesellschaft in konkreten Erfahrungen positiv wahrnehmen, sind sie auch bereit, diese Gesellschaft nicht nur passiv zu konsumieren, sondern aktiv zu unterstützen. Wer keine positiven Erfahrungen mit unserer Gesellschaft und unseren Werten macht, dem tut es nicht weh, diese zu verletzen.
3. Es ist wichtig, in einen persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen zu kommen, um als hier lebender Mensch überhaupt ein Gefühl für ihre Lebenswirklichkeit zu bekommen und ihnen einen Eindruck von unserer Lebenswirklichkeit zu geben. So und vielleicht nur so kann verloren gegangenes Vertrauen wieder ansatzweise hergestellt werden. Diese Forderung kann nicht gesetzlich verordnet werden, sondern ist ein Aufruf an alle Akteure, den menschlichen Kontakt als wesentliches Instrument zur Integration zu sehen. Flüchtlinge sollen nicht weiter als Objekte der „Flüchtlingshilfe“ behandelt werden, sondern als Subjekte der „Flüchtlingsarbeit“. Sie können nicht nur Hilfe

empfangen, sondern auch helfen. Aber nur im persönlichen Kontakt kann diese Haltung aufgebaut werden. Wer einander in die Augen geschaut hat, für den sind die anderen keine unpersönliche Menschenmasse mehr, mit der man verfahren kann, wie man will.

4. Die Ehrenamtlichen, die sich in Flüchtlingswohnheimen, in der Nachbarschaftshilfe, in Sprachförderung oder Begleitung von Behördengängen einsetzen, bedürfen einer effektiven Stärkung und Unterstützung. Sie brauchen nicht ständig „hofiert“ zu werden. Aber sie müssen noch mehr wahrgenommen und gewürdigt werden, auch gerade an Stellen, an denen sie Unterstützung einfordern.

Hannover, den 29. 01. 2016

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Tenge'.

Regionaldechant Domkapitular Propst Martin Tenge